

Dr. Martina Martha Böhner

Integration und Legitimität in der Europäischen Union

Über Prozesse des Legitimitätsverlusts
Ein Beitrag im Lichte der Theorie von Karl W. Deutsch

• Nomos Verlagsgesellschaft
Baden-Baden

Inhaltsverzeichnis

Verzeichnis der Tabellen und Schaubilder	11
Verzeichnis der Abkürzungen	12
Einleitung	15
1. Problemstellung, Gegenstand und Fragestellung	15
2. Konzeptualisierung und Untersuchungsdesign	20
2.1. Konzeptualisierung von Legitimität	20
2.2. Konzeptualisierung von Vergemeinschaftung	26
2.3. Untersuchungsdesign	31
2.3.1. Zur Bedeutung der Vereinbarkeit der hauptsächlichen politischen Werte für den Legitimitätserwerb in der Gemeinschaft	32
2.3.2. Zur Bedeutung von Freizügigkeit für den Legitimitätserwerb in der Gemeinschaft	36
2.3.3. Zur Bedeutung von Mobilität für den Legitimitätserwerb in der Gemeinschaft	39
2.3.4. Zur Bedeutung von Interessengruppen für den Legitimitätserwerb in der Gemeinschaft	44
2.3.5. Zur Bedeutung des Binnenmarktes für die Beteiligung von Gewerkschaften und die Entwicklung einer europäischen Sozialverfassung	49
2.3.6. Zusammenfassung	53
I. Die Europäische Union als Wertegemeinschaft	55
1. Zur Verfassungsentwicklung	55
1.1. Die rechtliche Verfaßtheit der Europäischen Union	55
1.2. Ergebnis: Verfassungsbildung durch Suprematie des Gemeinschaftsrechts	63
2. Legitimitätserwerb in der Gemeinschaftsrechtsordnung	64
2.1. Zur Bedeutung nationaler Verfassungsprinzipien	64
2.1.1. Nationale Verfassungsprinzipien als integrationspolitische Schranke und/oder als richtungsweisendes Prinzip?	64
2.1.2. Ergebnis: Ziel der Kompatibilität der Rechtsordnungen	71
2.2. Rechtsstaatliche Entwicklungen	72
2.2.1. Bindung der politischen Gewalt an Recht und Gesetz	73

2.2.2. Elemente eines europäischen Grundrechtsschutzes	75
2.2.3. Zur Problematik der Gewaltenteilung	84
2.2.4. Ergebnis: Legitimitätsverlust durch die Entwicklung rechtsstaatlicher Elemente	85
2.3. Zur Entwicklung von demokratischen und sozialen Werten in den Präambeln der Gemeinschaftsverträge	86
2.3.1. Zum Wertebekenntnis in den Präambeln	86
2.3.2. Ergebnis: Ausdifferenzierung des Bekenntnisses zu einer demokratischen und sozialen Wertegemeinschaft	90
3. Zur Bedeutung direktdemokratischer Legitimität	91
3.1. Parlamentarische Debatten über die Ratifizierung des Maastrichter Vertrags	91
3.2. Ergebnis: Debatten über die Durchführung eines Referendums	94
4. Ergebnis	94
II. Freizügigkeit, soziale und politische Rechte	97
1. Freizügigkeitsberechtigte Personen	97
1.1. Wer ist ein europäischer Arbeitnehmer?	98
1.2. Ausübung selbständiger Tätigkeiten in anderen Mitgliedstaaten	102
1.3. Freizügigkeit für Studierende, aus dem Erwerbsleben Ausgeschiedene und „sonstige Personen“	107
1.4. Aufenthaltsrecht für Staatsangehörige der Mitgliedstaaten	108
1.5. Förderung von Mobilität und die Entwicklung einer allgemeinen und beruflichen Bildungspolitik	109
1.6. Ergebnis: Ausdehnung des Kreises freizügigkeits- berechtigter Personen	111
2. Teilsysteme von sozialer Verfaßtheit in der Gemeinschaft	114
2.1. Gleichstellung von Erwerbstätigen in bezug auf Beschäftigungsbedingungen	114
2.2. Gleiche soziale Vergünstigungen für Erwerbstätige	116
2.3. Koordinierung der sozialen Sicherheit bei grenzüberschreitender Erwerbstätigkeit	118
2.4. Soziale Sicherheit bei allgemeiner Freizügigkeit	121
2.4.1. Leistungsexport von sozialen Vergünstigungen und Leistungen der sozialen Sicherheit?	122
2.4.2. Möglichkeiten des Leistungserhalts von sozialen Vergünstigungen und Leistungen der sozialen Sicherheit im Zielstaat	124
2.5. Ergebnis: Errichtung eines sozialen Schutzsystems für Erwerbstätige	125
3. Teilsysteme von politischer Verfaßtheit in der Union	128
3.1. Arbeitsgruppe von 1974	129

3.2. Adonnino-Ausschuß	131
3.3. Kommissionsvorschlag von 1988	133
3.4. Unionsbürgerschaft	134
3.5. Ergebnis: Legitimitätsverlust durch Unionsbürgerschaft	135
4. Ergebnis	137
III. Mobilität in der Europäischen Union	141
1. Datengrundlage	141
2. Ausländische Wohnbevölkerung in der Europäischen Union	144
3. Arbeitnehmer in der Gemeinschaft und in Deutschland	146
3.1. Ausländische Arbeitnehmer in der EG	146
3.2. Arbeitnehmer aus EU-Staaten in Deutschland	147
3.3. Nationalität der Arbeitnehmer aus EU-Staaten in Deutschland	151
4. Auszubildende aus EU-Staaten in Deutschland	152
5. Qualifikation von EU-Arbeitnehmern in Deutschland	155
6. Grenzüberschreitende Arbeitsmärkte?	156
6.1. Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte mit Wohnsitz im Ausland	156
6.2. Grenzarbeitnehmer in Deutschland	157
7. Ergebnis	169
IV. Interessengruppen in der Europäischen Union	173
1. Organisierte Interessen in der Europäischen Union	173
1.1. Quantitative Entwicklung von europäischen Interessengruppen	173
1.2. Differenzierung nach Sektoren	178
1.3. Wohlfahrtsverbände in der Europäischen Union	182
1.4. Unternehmensvertretungen in der Europäischen Union	186
1.4.1. Großunternehmen in der Europäischen Union	186
1.4.2. Direkte Mitgliedschaft von Unternehmen in europäischen Verbänden	189
1.5. Nationale Interessenverbände in der Europäischen Union	192
1.6. Ergebnis: Markante Zunahme der Interessenorganisation infolge politisch-institutioneller Veränderungen	197
2. Kommunikation und Transparenz	199
2.1. Initiativen der Kommission zur Verbesserung der Kommunikation	199
2.2. Interessengruppen und Europäisches Parlament	204
2.2.1. Wende in den Beziehungen	204
2.2.2. Initiativen des Parlaments zur Verbesserung der Kommunikation	207
3. Ergebnis	212

V. Sozialverfassung und Gewerkschaften	215
1. Stellungnahmen der Gewerkschaften zum Binnenmarkt	215
1.1. Gewerkschaften und die ökonomische Rationalität eines Gemeinsamen Marktes	215
1.2. Ergebnis: Legitimitätsverlust durch Erwartung von Wachstum	224
2. Partizipation und sozialpolitische Vorstellungen	225
2.1. Gewerkschaftliche Partizipation bis zum Binnenmarkt	226
2.1.1. Nachlassendes gewerkschaftliches Engagement nach Gründung der EWG	226
2.1.2. Gründung des EGB als Reaktion auf die vermeintliche neue europäische Dynamik	229
2.1.3. Ergebnis: Von 1957 bis 1986 kaum europapolitisches Engagement	232
2.2. Gewerkschaftliche Partizipation nach 1986	232
2.2.1. Gewerkschaftliche Stellungnahmen zu einer europäischen Sozialverfassung	233
2.2.2. Gewerkschaftliche Stellungnahmen zu europäischen sozialen Grundrechten	235
2.2.3. Gewerkschaftliche Stellungnahmen zum europäischen Arbeitsrecht	240
2.2.4. Gewerkschaftliche Stellungnahmen zum kollektiven Arbeitsrecht	243
2.2.5. Ergebnis: Entwicklung gewerkschaftlicher Vorstellungen über eine europäische Sozial Verfassung	247
3. Eine europäische Sozial Verfassung?	248
4. Ergebnis	251
VI. Schlußbetrachtung	255
VII. Ausblick	267
Literaturverzeichnis	271